Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

[illegible]

8. Jahrgang | Dresden, Mittwoch den 7. Dezember 1932 | Nummer 279

SPD und Nazis in einer Front für die Schleicher-Diktatur

Kommunistische Forderung auf sofortige Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen die Schleicher-Diktatur von Wels bis Straßer im Reichstag abgelehnt . Nazis und Sozialdemokraten auch bei der Präsidentenwahl in einer Front Macht die Anträge der Kommunisten gegen die Schleicher-Diktatur zur Basis des außerparlamentarischen Massenkampfes!

Berlin, 7. Dez. (Eig. Drahtb.)

Der Nazi- und SPD-Schwindel von der „Opposition gegen Schleicher" ist gestern abend offen geplatzt. Verbrecherischer sind die Massen nie belogen und betrogen worden, als durch die Phrasen der Nazis und der SPD, daß sie „gegen Schleicher" seien.

Als die KPD-Fraktion in den späten Abendstunden im Reichstag forderte, schon auf die Tagesordnung der gestrigen Sitzung den Mißtrauensantrag gegen die Schleicher-Regierung zu setzen, wurde der Schleier zerfetzt, mit dem sich die in der Schleicher-Front stehenden Nazis und Sozialdemokraten verhüllen. Nur die Kommunisten erhoben sich für den Antrag.

Alle anderen Parteien, von Goebbels, Straßer und Frick bis einschließlich Wels, Breitscheid und Löbe, stimmten gegen den Antrag der Kommunisten und damit unzweideutig für das Schleicherkabinett. Auch den Antrag der KPD, der die sofortige Abgabe der Regierungserklärung für die gestrige Reichstagssitzung verlangte, stimmten die Nazis nieder, weil Schleicher darum gebeten hatte, ihm bewußt noch Zeit zu lassen.

Von der Polizei durch dichte Kordons gegen das arbeitende Volk abgesperrt, so tagte das Parlament, das selbst die Leipziger Neuesten Nachrichten von heute eine Volksvertretung nennen, die nur tagen kann, wenn um sie herum ein kleiner Belagerungszustand verhängt wird".

In der Tat: „Burgfrieden", Zeitungsverbote, Verhaftungen, Haussuchungen und sogar die Auflösung kommunistischer Vorträge, wie es in Nürnberg geschah, das sind die Zeichen der weiteren Verschärfung der faschistischen Diktatur, unter denen der Reichstag gestern zusammentrat.

Von den Kommunisten wurde diese Tagung des Reichstags von Anfang an zur Bekräftigung der Kampfforderungen der Hungernden und Frierenden ausgenutzt, für die von der kommunistischen Reichstagsfraktion eine große Anzahl von Anträgen eingereicht worden waren.

Der erste Vorstoß der kommunistischen Reichstagsfraktion galt der Diktaturregierung des Generals Schleicher

in welcher die weitere verschärfte Faschisierung unzweideutig zum Ausdruck kommt.

Es kennzeichnet die Hitler und Wels als brave Rekruten des Generals von Schleicher, daß sie einmütig gegen die sofortige Beratung und Abstimmung des kommunistischen Mißtrauensantrages stimmten. Darin offenbaren sich selbst für die SPD-Arbeiter und auch für die Naziproleten

die NSDAP und die SPD als treue Stützen der Schleicherdiktatur

Darin kommt auch der Schwindel von der mit billigen Worten vorgetäuschten „Opposition" gegen das Schleicherregime zum Ausdruck.

Allein die Kommunisten vertreten die Sache des Volkes innerhalb und erst recht außerhalb des Parlaments, wo sie die Arbeitermassen zu außerparlamentarischen Einheitsfrontaktionen gegen Hunger und Faschismus formieren.

Mit diesem Kampfruf beherrschten sie auch gestern wieder die Parlamentstribüne, die, ganz im Gegensatz zu den Kommunisten, zum Beispiel von den Nazis, zu einem Bettelplatz „um das Vertrauen" der Bourgeoisie, um Regierungssitze gemacht wurde. Von solchem „Geist" war auch

das Eröffnungsgestammel des Nazi-Generals und Alterspräsidenten Litzmann

erfüllt, der Hindenburg geradezu anwinselte, die Nazis doch nun endlich als „Retter vor dem Bolschewismus" stärker zu engagieren.

Schon als Litzmann auf den Präsidentenstuhl kraxelte, dröhnte ihm der laute Ruf der Hundertschaft kommunistischer Abgeordneter entgegen: „Nieder mit dem Faschismus!"

Der klägliche Versuch des Generals der Naziarmee, eine faschistische Propagandarede zu halten, ging unter in den stürmischen Zurufen der kommunistischen Abgeordneten, die den Hakenkreuzlern ihren innen- und außenpolitischen Verrat am arbeitenden Volk immer wieder um die Ohren schlugen. Als endlich appellierte der Grukpensionär und Nazigeneral an den Generalfeldmarschall von Hindenburg, zu verhüten, „daß das Volk dem Bolschewismus preisgegeben werde, obwohl der Retter Hitler bereitstehe".

Eine Welle schallenden Gelächters der Kommunisten verschlang diese Worte, die durch immer neue lustige Zurufe der Kommunisten unterbrochen wurden. Litzmann, der schon mit dem Zuruf „Jetzt kommt der General der geschlagenen Armee" von den Kommunisten empfangen worden war, kam unter anderem zum Beispiel auf die steigende Zahl von Selbstmördern zu sprechen, worauf ihm der gepfefferte Zuruf entgegengeschleudert wurde: „Darunter sind aber keine pensionierten Offiziere!"

Schließlich mußte Litzmann infolge der fortwährenden Zurufe der Kommunisten, in welchen die Rolle der NSDAP als Kapitalsstütze gebrandmarkt wurde, nach einigen unverständlichen Sätzen seine Rede überstürzt abbrechen.

Als unser Genosse Torgler namens der kommunistischen Fraktion beantragte, die während ihres Kampfes gegen das kapitalistische System verhafteten kommunistischen Abgeordneten Buchmann, Vogt und Maddalena aus der Haft freizulassen, da machte der Nazifraktionsvorsitzende durch Erhebung von Widerspruch die Annahme des Antrages unmöglich. Erst am Schluß der Sitzung gelang es durch eine nochmalige Aufrollung der Frage die Entlassung unserer drei Genossen durchzusetzen.

Als Genosse Torgler weiter beantragte, die Burgfriedensverordnung sofort aufzuheben, damit das arbeitende Volk in den Versammlungen dem Schleicherkabinett seinen Protest entgegenschleudern kann, als er die sofortige Freigabe der verbotenen Roten Fahne und der beschlagnahmten Druckereimaschinen verlangte, da stellte General Litzmann unter Bruch der Geschäftsordnung diesen Antrag nicht zur Abstimmung, sondern ging zur Präsidiumswahl über.

Das in der preußischen Schattenregierung Braun-Severing mit den Sozialdemokraten vereinte Zentrum wählte im Reichstag gemeinsam mit den Hakenkreuzlern Goering zum Präsidenten. Von 545 abgegebenen Stimmen wurden 279 für Goering abgegeben. Er erhielt also sechs Stimmen mehr als die Hälfte, und dann stimmte die große nationale Schleicherkonzentration der Nazis, des Zentrums und der Sozialdemokratie einstimmig für den ersten Vizepräsidenten Esser vom Zentrum.

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten kam es zur Stichwahl zwischen SPD-Löbe und Rauch von der Bayrischen Volkspartei. Gewählt wurde Rauch. Löbe wurde in der Stichwahl gegen den Volksparteiler Hugo mit einer Stimme Mehrheit zum dritten Vizepräsidenten gewählt.

Zeigte sich schon bei der Abwürgung des kommunistischen Mißtrauensantrages und bei der Wahl des Vizepräsidenten eine große Front von den Nazis bis zur SPD, so tritt sie in den Bemühungen, gar bald zu einer Vertagung des Reichstags zu kommen und damit der Schleicherdiktatur Zeit zu geben, in gleicher Weise in Erscheinung. Nazis und Sozialdemokraten versuchen den in einer solchen Vertagung drastisch zum Ausdruck kommenden Dienst an Schleicher zwar mit Rücksicht auf ihre Gefolgschaft zu bemänteln. Zu diesem Zwecke haben sie zum Beispiel einige nichtssagende und die Schleicherdiktatur zu nichts verpflichtende Anträge formuliert, die zur Täuschung ihres Anhanges eingebracht worden sind.

Durch die Stellungnahme zu diesen Anträgen soll die Beratung des kommunistischen Mißtrauensantrages in wohldurchdachter Absicht auf die lange Bank geschoben werden.

Das ist im großen und ganzen überhaupt der einzige Zweck dieser Anträge. Denn nach der Beratung dieser nichtssagenden und nebensächlichen Anträge ist

die von Schleicher so sehr gewünschte längere Vertagung des Reichstages geplant.

Die Nazis und auch die Sozialdemokraten machen sich diese Zustimmung zur Reichstagsvertagung durch einige demagogische Anträge lediglich leichter. Gleichzeitig setzen sie neben solchen Oppositionsgesten die Stimmungsmache für die Schleicherdiktatur unentwegt fort.

Um so entschlossener und massenhafter folgen die Arbeitermassen dem Kampfruf der Kommunisten gegen das Schleicherkabinett. Die von den Kommunisten im Reichstag erhobenen Forderungen für die Hungernden und Frierenden, für alle Notleidenden müssen zur Basis des außerparlamentarischen Massenkampfes werden, den es in roter Einheitsfront jetzt kühn und entschlossen zu entfalten und zu verstärken gilt!

Nazis gegen Winterhilfe

Die braunen Papen-Schleicher-Knechte stimmen im Landtag gegen Erwerbslosenforderungen . SPD für Steuergeschenke an Großkapitalisten . Zwei Erwerbslose aus dem Landtag herausgeschmissen und zwei verhaftet . Verstärkt den Kampf gegen Hunger und Frost!

Auf der Tagesordnung der gestrigen Landtagssitzung standen die kommunistischen Anträge auf Winterhilfsforderungen für die Erwerbslosen im Vordergrund. Hier zeigte sich erneut die erbärmliche Rolle der Nationalsozialisten, die im Interesse der Bourgeoisie gegen die Winterhilfe für die Hungernden und Frierenden stimmten und so selbst ihre demagogischen Phrasen, die sie in den Versammlungen vor den Arbeitern dreschen, entlarvten.

Vor dem Landtag hatte sich eine Anzahl Erwerbsloser angesammelt, die von der Polizei auseinandergetrieben wurde, wobei man zwei Arbeiter verhaftete.

Während der Rede des Genossen Breitenborn für die Winterhilfsforderungen der Erwerbslosen äußerten Tribünenbesucher ihr Einverständnis mit dem Antrag der Kommunisten, wofür zwei von ihnen von der Tribüne gewiesen wurden.

Auch hier zeigte sich, daß die Kommunisten die einzigen sind, die sich für die Erwerbslosen und alle Sozialhilfsbedürftigen einsetzen. Arndt von der SPD erklärte zynisch und offen, daß **die SPD-Fraktion für die kommunistischen Anträge nur stimme, weil sie doch nicht durchgeführt würden.**

Die Aufgabe aller Arbeiter ist es, die erbärmliche arbeiterverräterische Politik der Nazis sowie der SPD vor den breiten Massen zu entlarven und sie für den gemeinsamen außerparlamentarischen Kampf in roter Einheitsfront um die Sicherung ihrer Existenz zu gewinnen.

Kampf jedem Unterstützungsraub

Genosse Breitenborn begründet in einer kampfbegeisterten Rede unsere Anträge gegen die Zusammenlegung der Erwerbslosenunterstützungen (Alu, Krise und Wohlfahrt), für die Winterhilfsforderungen der Erwerbslosen und für Winterhilfsmaßnahmen für die Kinder Erwerbsloser.

Was fordern die Kommunisten? Wir fordern, daß jede weitere Kürzung der Unterstützungssätze durch die Zusammenlegung der drei Unterstützungsarten entschieden zu verhindern

ist, daß in Sachsen keinerlei Abbau der Unterstützungen mehr durchgeführt werden darf. Dieser Antrag wurde von uns bereits am 18. Februar eingebracht, aber nicht zum wenigsten mit Hilfe des ehemaligen sozialfaschistischen Präsidenten Weckel bis heute verschleppt. Inzwischen hat die Papenregierung die Unterstützungssätze weiter gekürzt, hat durch ihre Notverordnungen die Lage der Arbeiterschaft weiter verschlechtert. Die Sozialdemokraten haben Papen geholfen, sein Hungerprogramm durchzuführen. Sie werden auch, genau so wie die Nazis, die jetzige Schleicherregierung unterstützen, sie offerieren ja jetzt schon den „sozialen General" der Arbeiterschaft als den „Retter in der Not".

Genosse Breitenborn entlarvt die ganze sozialfaschistische Heuchelei, die vergißt, Hilfe für die Erwerbslosen zu bringen, sondern sie mit bürgerlichen Wohlfahrtsorganisationen zu „Wohltätigkeit" macht. Heute ist es so, daß eine ganze Reihe von Gemeinden bereits nicht mehr in der Lage sind, [illegible] auszuzahlen. Die [illegible] und Wohlfahrtsorganisationen führen die [illegible] der Regierung durch und die Bourgeoisie selbst stellt [illegible] Zeugnis aus, daß sie diese [illegible] gegen die [illegible] zu erledigen. Aber die [illegible]